

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Das strafbare Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

§ 86a StGB im Spiegel der Rechtsprechung

- INFO-BRIEF -

Roman Trips-Hebert

WD 7 - 3000 - 128/09

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser: RR z. A. Dr. Roman Trips-Hebert

Das strafbare Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
§ 86a StGB im Spiegel der Rechtsprechung

INFO-BRIEF WD 7 - 3000 - 128/09

Abschluss der Arbeit: 21. September 2009

Fachbereich WD 7: Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht,
Umweltschutzrecht, Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

- Zusammenfassung -

Extremisten verwenden in zunehmendem Maße Symbole, um für ihre Zwecke zu werben. Das Kennzeichenverbot nach § 86a StGB wird deshalb immer häufiger Gegenstand gerichtlicher Entscheidungen. Damit einher geht ein reges Interesse der breiten Öffentlichkeit an den zugrundeliegenden Vorfällen. Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend eine kursorische Übersicht über Inhalt und Reichweite von § 86a StGB gegeben. Der Fokus liegt hierbei auf konkreten Beispielen, die in der Vergangenheit die Gerichte beschäftigt haben.

Inhalt

1. Einleitung

Immer wieder befassen sich deutsche Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht mit dem so genannten **Kennzeichenverbot** (§ 86a StGB[1]). Danach ist es strafbar, Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu verbreiten oder öffentlich, in einer Versammlung oder in verbreiteten Schriften zu verwenden.[2] Kennzeichen in diesem Sinne sind „namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen“ (§ 86a Abs. 2 StGB).[3] Der Norm wird eine herausragende und zunehmende Bedeutung zugeschrieben: Wie kein anderer **Tatbestand des politischen Strafrechts** werde sie immer häufiger Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen – was vor allem daran liege, dass sich die **rechtsextreme Szene** in zunehmendem Maße nationalsozialistischer Symbole bediene, um für ihre Zwecke zu werben.[4]

Einer nicht unerheblichen Deliktsrelevanz in der Strafverfolgungsstatistik[5] entspricht ein starkes öffentliches Interesse an den jeweiligen Vorfällen: Regelmäßig berichten die Medien über einschlägige Vorkommnisse und deren juristische Bewertung und Behandlung seitens der Staatsanwaltschaften und Gerichte.[6] Nicht selten knüpft sich eine lebhafte und zum Teil kontroverse Diskussion an. Betrachtet man hierbei die jeweiligen Fälle, so zeigt sich eine offenbar **große Bandbreite** von potenziell inkriminierten Handlungen: Vom Tragen eines T-Shirts mit einem leicht abgewandelten Zitat aus dem Horst-Wessel-Lied durch einen NPD-Anhänger[7] über das Herstellen und Verkaufen von

---

1 Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437) geändert worden ist.

2 Vgl. aktuell etwa den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08 (Tragen eines T-Shirts mit dem Aufdruck „Sohn Frankens, die Jugend stolz/die Fahnen hoch“, abrufbar unter http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20090518_2bvr220208.html), und des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 13. August 2009, Az. StR 228/09 (zu englischsprachigen Übersetzungen von nationalsozialistischen Parolen, vgl. die Pressemitteilung Nr. 168/09 des BGH vom 13. August 2009, abrufbar unter http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2009&Sort=3&nr=48985&pos=8&anz=176). Stand dieser und sämtlicher anderen Online-Quellen in diesem Info-Brief: 7. September 2009.

3 Von Dewitz (2006), S. 108, konstatiert ein seit den neunziger Jahren hohes Niveau.

4 Von Dewitz (2006), S. 278.

5 Der Verfassungsschutzbericht 2008, S. 28, weist für 2008 insgesamt 19.894 rechtsextrem motivierte Straftaten aus, von denen 14.262 Straftaten auf die Propagandadelikte – also § 86 und § 86a StGB – entfallen. Die Gesamtzahl der extremistisch motivierten Straftaten belief sich 2008 auf 24.605. Der Verfassungsschutzbericht ist abrufbar unter http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/ verfassungsschutzbericht/vsbericht-presse_2008/.

6 Vgl. aus jüngster Vergangenheit nur Herz (2009); Schierholz/Schafmeister (2009); „Nazi-Parole nur in deutscher Sprache strafbar“, Spiegel online vom 13. August 2009, abrufbar unter http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,642217,00.html; „Punkrockern droht Haft wegen Band-Logo“, Spiegel online vom 9. Mai 2009 (abrufbar unter http://www.spiegel.de/kultur/musik/0,1518,623848,00.html).

7 BVerfG (o. Fußn. 2).

den Hitlergruß zeigenden Gartenzwergen durch einen Künstler[8] bis hin zum Verwenden von durchgestrichenen Hakenkreuzen[9] oder dem „Zitieren“ der Runen der Waffen-SS durch Angehörige der wohl eher links-alternativen Punkrockszene[10].

Vor diesem Hintergrund soll nachfolgend eine kursorische Übersicht über Inhalt und Reichweite von § 86a StGB gegeben werden.[11] Der Fokus soll hierbei vor allem auf konkreten **Beispielen** liegen, die in der Vergangenheit Gegenstand gerichtlicher Befassung waren.

2. Tatbestand, Systematik und Historie

2.1. Tatbestand

§ 86a Abs. 1 StGB stellt in Verbindung mit § 86 StGB im Wesentlichen unter Strafe, im Inland Kennzeichen

- einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder deren Ersatzorganisation,
- einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet oder einer entsprechenden Ersatzorganisation, oder
- einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation

zu verbreiten oder öffentlich, in einer Versammlung oder in verbreiteten Schriften zu verwenden oder Gegenstände, die derartige Kennzeichen darstellen oder enthalten, zur Verbreitung oder Verwendung im Inland oder Ausland in dieser Art und Weise herzustellen, vorrätig zu halten, ein- oder auszuführen. Durch eine 1994 erfolgte Gesetzesänderung stehen den in § 86a Abs. 1 StGB genannten Kennzeichen solche gleich, die ihnen „zum Verwechseln ähnlich sehen“ (§ 86a Abs. 2 Satz 2 StGB).[12]

---

8 Vgl. „Streit um Hitler-Gartenzwerg“, Süddeutsche.de vom 16. Juli 2009 (http://www.sueddeutsche.de/bayern/372/480849/text/).

9 BGH, Urteil vom 15. März 2007, Az. 3 StR 486/06, Amtliche Sammlung (BGHSt) 51, 244 = Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2007, S. 1602.

10 Vgl. Presseberichte zum aktuellen Fall der Punkband „SS-Kaliert“, etwa Der Spiegel vom 11. Mai 2009, S. 22.

11 Zur Vermeidung von Missverständnissen soll an dieser Stelle betont werden, dass aufgrund dieser Ausrichtung des Info-Briefes etwaig nachfolgende Aussagen, wonach eine bestimmte Kennzeichenverwendung nicht nach § 86a StGB strafbar ist, nicht bedeuten, dass das Verhalten als solches nicht aufgrund anderer Straftatbestände strafbar sein kann. Im Gegenteil können auch dann, wenn eine Strafbarkeit nach § 86a StGB ausscheidet, andere Delikte in Betracht kommen, wie etwa § 130 StGB (Volksverhetzung).

12 Geändert durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3186).

2.2. Systematik

§ 86a StGB ist im **dritten Titel** des ersten Abschnitts des Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs verortet. Die Delikte dieses Titels stellen Handlungen unter Strafe, die eine **„Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“** darstellen. § 86a StGB ist damit Teil des so genannten **„Staatsschutzstrafrechts“**.

Als Schutzgüter der Vorschrift werden der politische Frieden, die freiheitliche demokratische Grundordnung, der Gedanke der Völkerverständigung und das Ansehen Deutschlands im Ausland benannt.[13] Das Verbot dient zum einen dazu zu verhindern, dass die verbotenen Organisationen oder die von ihnen verfolgten Bestrebungen wiederbelebt werden, zum anderen soll von vornherein bereits der Eindruck verhindert werden, dass die verfassungsfeindlichen Bestrebungen aufgrund der Präsenz der entsprechenden Symbole geduldet würden.[14]

§ 86a StGB setzt **weder** eine tatsächliche **Verletzung** dieser Rechtsgüter **noch** deren **konkrete Gefährdung** voraus und ist damit strafrechtsdogmatisch ein so genanntes **„abstraktes Gefährdungsdelikt“**.[15]

2.3. Historie

Das Kennzeichenverbot ist erst auf Umwegen an seinen heutigen Standort im Strafgesetzbuch gelangt und hat dabei auch inhaltlich erst nach und nach die heutige Gestalt erlangt. Sein bundesrepublikanischer[16] Ursprung lag im **Versammlungsrecht**: § 4 i.V.m. § 28 des Versammlungsgesetzes[17] (VersG) von **1953** stellte das Zeigen von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen unter Strafe.[18] **1960** fand dieses Verbot in Form eines neuen § 96a StGB Aufnahme im Bereich des strafrechtlichen Schutzes des Staates und seiner Symbole in das Strafgesetzbuch.[19] **1968** wurde dieser § 96a a. F. StGB durch § 86a StGB ersetzt und damit das Kennzeichenverbot neu in den – noch heute fortbestehenden – Kontext von Parteien- und Vereinigungsverboten eingeordnet.[20] Inhaltlich unterscheidet sich § 86a StGB von § 96a a. F. StGB insofern, als er die Strafbarkeit ausdrücklich auf den räumlichen Geltungsbereich

---

13 Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 1; Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2006), § 86a Rdn. 1.

14 Rudolphi (wie Fußn. 13).

15 Zum abstrakten Gefährdungsdelikt vgl. Jescheck/Weigend (1996), S. 264.

16 In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass die ersten bundesrepublikanischen Regelungen historisch wiederum vor dem Hintergrund der Ablösung entsprechender besatzungsrechtlicher Regelungen der Alliierten stehen, vgl. von Dewitz (2006), S. 18 ff.

17 Gesetz über Versammlungen und Aufzüge vom 24. Juli 1953, BGBl. I S. 684.

18 Von Dewitz (2006), S. 46 f.

19 6. Strafrechtsänderungsgesetz (StÄG) vom 4. August 1960, BGBl. I S. 478, vgl. von Dewitz (2006) S. 47.

20 8. StÄG vom 25. Juni 1968, BGBl. I S. 741, vgl. von Dewitz (2006), S. 89.

des Strafgesetzbuchs beschränkte und den Tatbestand um das „Verbreiten" verfassungsfeindlicher Kennzeichen erweiterte.[21] **1985** wurde § 86a StGB auf Vorbereitungshandlungen ausgedehnt, indem auch das Herstellen, Vorrätighalten und Einführen von entsprechenden Kennzeichen unter Strafe gestellt wurde.[22] **1994** schließlich folgte durch das **Verbrechensbekämpfungsgesetz** jene Erweiterung, wonach auch den Originalzeichen zum Verwechseln **ähnliche** Kennzeichen erfasst werden.[23]

Im **Strafgesetzbuch der DDR**[24] (DDR-StGB) war die Verwendung von bestimmten extremistischen Kennzeichen ebenfalls unter Strafe gestellt: Nach § 220 Abs. 3 DDR-StGB sollte sich strafbar machen, wer „in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder **Symbole** dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt."

3. Detailbetrachtung und Rechtsprechung

3.1. Erfasste Organisationen

§ 86a StGB inkriminiert bestimmte Zeichen nicht schon allein deshalb, weil mit ihnen allgemein antidemokratische bzw. verfassungsfeindliche Botschaften transportiert werden. Vielmehr wählt er als Ausgangspunkt, dass das jeweilige Kennzeichen für **eine bestimmte Organisation** steht, deren Tätigkeit und Zielsetzung rechtlich missbilligt wird.[25] Die einzelnen Arten von betroffenen Organisationen führt § 86a Abs. 1 StGB durch Verweis auf § 86 StGB abschließend auf.

3.1.1. Vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder eine Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist (§ 86 Abs. 1 Nr. 1 StGB)

Hierfür gibt es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nur zwei Beispiele, nämlich die 1952 verbotene **Sozialistische Reichspartei (SRP)**[26] und die 1956 verbotene

---

21 Von Dewitz (2006), S. 89.

22 21. StÄG vom 13. Juni 1985, BGBl. I S. 965, vgl. von Dewitz (2006), S. 108.

23 Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28. Oktober 1994, BGBl. I, S. 3186. Überblickartige Zusammenstellung der verschiedenen Fassungen des Kennzeichenverbots bei Reuter (2005), S. 273 ff.

24 Strafgesetzbuch der DDR vom 12. Januar 1968 in der Neufassung vom 19. Dezember 1974 (GBl. I 1975 Nr. 3 S. 14) sowie i.d.F. des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 7. April 1977(GBl. I 1977 Nr. 10 S. 100), des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 28. Juni 1979 (GBl. I 1979 Nr. 17 S. 139), des Gesetzes über die gesellschaftlichen Gerichte der DDR – GGG – vom 25. März 1982 (GBl. I 1982 Nr. 13 S. 269) und des Gesetzes über das Post- und Fernmeldewesen vom 29. November 1985 (GBl. I 1985 Nr. 31 S. 345).

25 Nicht ausreichend ist insofern insbesondere nationalsozialistisches Gedankengut ohne konkreten Bezug zu einer entsprechenden nationalsozialistischen Organisation, vgl. Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86 Rdn. 8.

26 BVerfG, Urteil vom 23. Oktober 1952, Az. 1 BvB 1/51, Amtliche Sammlung (BVerfGE) 2, 1 = NJW 1952, S. 1407.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)[27]. Das von Bundesregierung und Bundesrat 1993 initiierte Verbotsverfahren gegen die **Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)** scheiterte daran, dass das Bundesverfassungsgericht der FAP die Parteieigenschaft absprach – die FAP wurde sodann nach den vereinsrechtlichen Regelungen verboten.[28] Das **NPD-Verbotsverfahren** scheiterte vor dem Bundesverfassungsgericht 2003 aufgrund der Rolle von V-Leuten der Sicherheitsbehörden in der Parteiorganisation.[29]

3.1.2. Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist (§ 86 Abs. 1 Nr. 2 StGB)

Der Begriff der Vereinigung in diesem Sinne entspricht sachlich dem eines Vereins nach § 2 Vereinsgesetz[30].[31] Das Verbot entsprechender Vereine obliegt nicht, wie im Fall von politischen Parteien, der Rechtsprechung, sondern der vollziehenden Gewalt, vgl. Art. 9 Abs. 2 GG[32] iVm §§ 3 ff. VereinsG.[33] Beispiele für entsprechende bestandskräftig verbotene Vereine sind die **Deutsche Alternative**, die **FAP**, die **Nationalistische Front**, die **Nationale Sammlung**, die **Wiking-Jugend** und die **Blood-and-Honour-Division Deutschland**.[34]

Ebenfalls verboten wurde auf dem Gebiet der alten deutschen Bundesländer in den 1950er Jahren die **Freie Deutsche Jugend (FDJ)**.[35] Das Verbot soll sich jedoch aus-

---

27 BVerfG, Urteil vom 17. August 1956, Az. 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 = NJW 1956, S. 1393.

28 BVerfG, Beschluss vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 2/93, 3/93, BVerfGE 91, 276 = Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 1996, S. 54. Entsprechend wurde auch im Verbotsverfahren zur „Nationalen Liste“ entschieden, vgl. BVerfG, Entscheidung vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 1/93E, BVerfGE 91, 262.

29 BVerfG, Beschluss vom 18. März 2003, Az. 2 BvB 1/01 u.a., BVerfGE 107, 339 = NJW 2003, S. 1577.

30 Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198) geändert worden ist.

31 Reuter (2005), S. 106 Fn. 632.

32 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch das Gesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2248) geändert worden ist.

33 BVerfG, Beschluss vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 2/93, 3/93, BVerfGE 91, 276 = NVwZ 1996, S. 54.

34 Vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenministerium (BMI), Peter Altmaier, MdB, BT-Drs. 16/12642, S. 12 ff., sowie entsprechende Informationen der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes im Internet unter http://www.polizei-beratung.de/aktionen/rechtsextremismus/erkennungszeichen/verbotene_parteien_vereine_und_organisationen/ sowie Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin / Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2008), S. 26. Eine Übersicht auch über in einzelnen Bundesländern verbotene Vereinigungen bietet Wikipedia unter http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_in_Deutschland_verbotener_rechtsextremistischer_Organisationen.

35 BVerwG, Urteil vom 16. Juli 1954, Az. I A 23/53, BVerwGE 1, 184. Nach der damaligen Rechtslage war für das Verbot das Bundesverwaltungsgericht zuständig.

schließlich auf die FDJ-West beschränken und nicht auch die staatliche Jugendorganisation der einstigen DDR, die FDJ-Ost, erfassen, da es sich um zwei unterschiedliche Organisationen handele.[36] Auch sei die FDJ-Ost keine Ersatzorganisation der FDJ-West, weil sie diese mangels entsprechender organisatorischer Maßnahmen und Identitätswechsel nicht nach ihrem Verbot ersetzt habe.[37]

Neben rechts- und linksextremen Gruppen stellen islamistische oder linksextreme **Ausländervereine** eine weitere Sparte von verbotenen Vereinigungen dar.[38] Ein Ausländerverein ist ein Verein, dessen Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend Ausländer sind (§ 14 VereinsG). Sein mögliches Verbot ist in § 14 Abs. 2 VereinsG gesondert geregelt. Beispiele für entsprechende verbotene Ausländervereine sind das **Kurdistan-Komitee** e.V., der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (**„Der Kalifatsstaat“**), der **Al-Aqsa** e.V. und **Hizb ut-Tahrir**.[39]

3.1.3. Regierung, Vereinigung oder Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, die für die Zwecke einer der in § 86 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 StGB bezeichneten Parteien oder Vereinigungen tätig ist (§ 86 Abs. 1 Nr. 3 StGB)

Unter Vereinigungen in diesem Sinne sind etwa **ausländische Parteien** zu verstehen, unter Einrichtungen ausländische Behörden, Komitees, Kongressleitungen und Büros.[40] Voraussetzung ist stets, dass diese Stellen **stellvertretend** für eine in Deutschland verbotene Partei oder Vereinigung tätig werden. Unerheblich ist hierbei, ob dies im Einvernehmen mit der verbotenen Partei erfolgt.[41] Nicht ausreichend ist jedoch, wenn die ausländische Stelle lediglich **eigene**, mit den Positionen der verbotenen Partei kongruente Inhalte verbreitet.[42]

Beispiele für bestandskräftig verbotene ausländische Vereinigungen sind die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** und **Al Manar TV**.[43]

3.1.4. Ehemalige nationalsozialistische Organisation (§ 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB)

Organisationen in diesem Sinne sind vor allem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (**NSDAP**), ihre Untergliederungen und die ihr angeschlossenen Verbände –

---

36 Reuter (2005), S. 116.

37 Reuter (wie Fußn. 36).

38 Vgl. Bundesregierung in BT-Drs. 16/12642, S. 13 ff.

39 Bundesregierung, BT-Drs. 16/12642, S. 13 ff.

40 Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86 Rdn. 7.

41 Rudolphi (wie Fußn. 40).

42 Rudolphi (wie Fußn. 40).

43 Bundesregierung, BT-Drs. 16/12642, S. 13 ff.

also namentlich die Sturmabteilung (**SA**)**,** die Schutzstaffel (**SS**)**, Waffen-SS,** Hitlerjugend (**HJ**) und der Bund Deutscher Mädel (**BDM**).[44]

3.2. Kennzeichenbegriff

Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB sind **sichtbare oder hörbare Symbole**, deren sich die erfassten Organisationen bedienen oder bedient haben, um propagandistisch auf ihre politischen Ziele hinzuweisen.[45]

3.2.1. Fahnen, Abzeichen und Uniformstücke

Aus dem rechtsextremen Spektrum mit seiner zentralen Betonung von Symbolen unterfallen zahlreiche Kennzeichen dem Kennzeichenverbot. Dies gilt namentlich für viele allgemein bekannte Kennzeichen von NS-Organisationen, also etwa das **Hakenkreuz** als Kennzeichen vor allem der NSDAP, das **„Zivilabzeichen" der SA**[46], die zweifache **Siegrune** der SS sowie die einfache Siegrune des deutschen Jungvolkes.[47] Ebenfalls erfasst ist das **Totenkopf-Symbol** in der von der SS verwendeten Gestaltung.[48] Uneinheitlich wurde in der Rechtsprechung beurteilt, ob das Verwenden von so genannten **Gaudreiecken / Armdreiecken** dem Kennzeichenverbot unterfällt. Bei den sich in der heutigen rechtsextremen Szene offenbar einiger Beliebtheit erfreuenden Gaudreiecken handelt es sich um dreieckige schwarze, silbern umrandete Armaufnäher, auf denen in Frakturschrift der Name einer Region angegeben ist, aus der der Träger stammt.[49] Historisches Vorbild sind entsprechende Aufnäher, die bei der HJ und dem BDM üblich waren.[50] Überwiegend wird zwar zumindest eine für § 86a StGB hinreichende Ähnlichkeit mit dem historischen Kennzeichen bejaht, jedoch wegen mangelnder Bekanntheit dieses Bezuges in der Bevölkerung gleichwohl eine Strafbarkeit verneint.[51] Als Uniformen erfasst sind das **Braunhemd**, die braune **NSDAP-Parteiuniform** sowie verschiedene Uniformteile von SS, Waffen-SS und SA, soweit sie als solche erkannt werden.[52]

Verschiedentlich stellt sich auch bei heute in der rechten Szene gebräuchlichen **Modeartikeln** verschiedener Marken die Frage, ob deren Schriftzug bzw. Markenzeichen

---

44 Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86 Rdn. 8.

45 Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 3.

46 http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/dc/SA-Logo.svg.

47 Reuter (2005), S. 159 ff., Beispiel abrufbar bei http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/ee/DJ_F%C3%A4hnlein.jpg.

48 Reuter (2005), S. 165, Beispiel abrufbar bei http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/11/DHPatch.jpg.

49 Beispiel unter http://www.dasversteckspiel.de/bilder/gau3eck.jpg.

50 Wie etwa bei diesem historischen Original einer BDM-Uniform erkennbar http://www.dhm.de/sammlungen/gifs/sammlungen/alltag2/textilien/u_93_187a-b__188.jpg.

51 Vgl. Reuter (2005), S. 167 ff.

52 Reuter (2005), S. 169. Nicht erfasst sind Wehrmachtsuniformen, da die Wehrmacht keine verbotene Organisation ist, vgl. auch hierzu Reuter (2005), S. 169.

unter § 86a StGB fällt. Von den Gerichten kontrovers entschieden, letztlich aber verneint wurde dies für das ursprüngliche Markenzeichen[53] des Modelabels **Thor Steinar**, das sich zwischenzeitlich in Reaktion hierauf ein neues Zeichen[54] gegeben hat, das strafrechtlich jedenfalls unbedenklich ist.[55] Bei der Marke **Lonsdale**, die wegen der in ihr beinhalteten Abkürzung NSDA kritisiert wurde, wird ein Verstoß gegen § 86a StGB überwiegend verneint, zumal es sich um eine seit langem ohne rechtsextremen Hintergrund eingeführte Modemarke handele.[56] Bei der Marke **Consdaple** ist dem gegenüber ein Verstoß aufgrund der enthaltenen Buchstaben NSDAP umstritten und wird von Teilen der Rechtsprechung bejaht.[57]

Von § 86a StGB unmittelbar erfasst ist gleichfalls das Kennzeichen der verbotenen **Blood & Honour Division Deutschland** – nicht dagegen das Symbol anderer internationaler Zweige der Blood & Honour-Organisation[58]; bei diesen Symbolen kann es sich jedoch um dem verbotenen Blood & Honour-Zeichen **ähnliche** Kennzeichen und damit ebenfalls verbotene Kennzeichen handeln.

Aus dem linken Spektrum sind infolge ihres Parteiverbots die Symbole der **KPD** von § 86a StGB erfasst; allerdings sind „Hammer und Sichel“ typische und weltweit stark verbreitete Symbole kommunistischer Parteien und infolgedessen nur erfasst, soweit sie gerade als Kennzeichen der verbotenen KPD gebraucht werden.[59] Schwieriger gestaltet sich die Beantwortung der Frage, wie das **FDJ-Abzeichen**[60] und damit verbunden das blaue **FDJ-Hemd** zu beurteilen sind – da die FDJ in der „alten“ Bundesrepublik verboten war, in den neuen Bundesländern jedoch nicht. Nach wohl überwiegender Auffassung ist die heutige Verwendung von FDJ-Abzeichen und -Hemd nach § 86a StGB strafbar.[61]

---

53 http://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/7/79/Thor_steinar.jpg.

54 http://de.altermedia.info/images/thor-steinar2.jpg.

55 Laut Wikipedia habe eine Staatsanwaltschaft das neue Logo als „Andreaskreuz mit zwei Punkten“ bezeichnet und es für unbedenklich erklärt, vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Thor_Steinar#Logo.

56 VG Berlin, Beschluss vom 26. April 2001, Az. 3 A 443/01, NVwZ-Rechtsprechungsreport (NVwZ-RR) 2002, S. 33, 35; Reuter (2005), S. 174; Stegbauer (2000), S. 102.

57 Bejahend: AG Neuruppin, Urteil vom 3. Juni 2002, Az. 81 Ds 372 Js 21202/01; Stegbauer (2002), S. 186. Verneinend: OLG Hamm, Urteil vom 8. Oktober 2003, Az. 2 Ss 407/03, Neue Zeitschrift für Strafrecht-Rechtsprechungsreport (NStZ-RR) 2004, S. 12; Reuter (2005), S. 174.

58 Beispiele für den Schriftzug bei http://www.n24.de/media/import/afp/afp_20080830_10/photo_1220083229952-1-0.jpg.

59 Nachweis bei Reuter (2005), S. 183 Fn. 1192.

60 Abrufbar bei Wikipedia unter http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d6/Emblema_FDJ.svg.

61 Fischer (2009) § 86a Rdn. 7. Weitere Nachweise und Kritik bei Reuter (2005), S. 183 Fn. 1187: In den FDJ-Symbolen werde heute allein die FDJ-Ost erkannt, die nicht verboten worden sei.

Aufgrund des Verbots der **PKK** unterfällt ihr Symbol – ein gelber fünfzackiger Stern auf rotem Grund im gelben Kreis mit gelber Flamme in der Mitte[62] – ebenfalls § 86a StGB.[63] Gleiches gilt für den roten fünfzackigen Stern auf gelbem Grund im grünen Kreis, das Symbol der **Nationalen Befreiungsfront Kurdistans**, einer Tochterorganisation der PKK.[64] Als Kennzeichen der Vereinigung **Kalifatsstaat** (Hilafet Devleti) ist deren weiß gestalteter arabischer Schriftzug auf grünem Grund mit den lateinischen Buchstaben „Hilafet Devleti" und/oder diesem Namen in arabischer Schrift verboten.[65]

3.2.2. Parolen und Grußformen

Die Rechtsprechung hat den Kennzeichencharakter bejaht für den **Hitlergruß**, also den Ausruf **„Heil Hitler"** oder **„Sieg Heil"** allein oder verbunden mit dem **„deutschen Gruß",** also dem auf Augenhöhe erhobenen gestreckten rechten Arm.[66] Anknüpfend hieran wird auch das Verwenden der Schlussformel „mit deutschem Gruß" **im Schriftverkehr** bei entsprechender Aufmachung als Kennzeichenverwendung gewertet.[67] Der so genannte **„Kühnengruß"**, bei dem am erhobenen rechten Arm statt der flachen Hand lediglich Daumen, Zeige- und Mittelfinger vorgestreckt werden, ist wegen des Bezugs zu der verbotenen Organisation **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten"** ebenfalls von § 86a StGB erfasst.[68]

Strafbar ist auch das Verwenden der Sentenz **„Alles für Deutschland"** im Rahmen einer Rede auf einer Versammlung, da es sich hierbei um die Losung der SA handelte.[69] Weiterhin erfasst ist der Wahlspruch der SS, **„Meine Ehre heißt Treue"** – und zwar auch in der leicht abgewandelten Form „Unsere Ehre heißt Treue".[70] Streitig war, inwieweit die Fantasie-Parole **„Ruhm und Ehre der Waffen-SS"**, die von der Waffen-SS nie benutzt wurde, § 86a StGB unterfällt. Während sie in der Literatur überwiegend nicht als Kennzeichen gesehen wurde, hat die Rechtsprechung die Kennzeicheneigenschaft entweder aufgrund der Ähnlichkeit mit der Parole **„Blut und Ehre"** der HJ[71], mit der Parole **„Unsere Ehre heißt Treue"** der SS oder deshalb, weil die Parole den „Anschein eines Kennzeichens der Waffen-SS" erwecke, bejaht.[72] Bundesverfassungsge-

---

62 Abrufbar bei Wikipedia unter http://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/3/33/PKK2.svg.

63 Nachweis bei Reuter (2005), S. 184.

64 Reuter (wie Fußn. 63).

65 Reuter (wie Fußn. 63).

66 BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 30 = NJW 1973, S. 106; Kammergericht (KG), Urteil vom 16. März 1999, Az. (5) 1 Ss 7-98 (8-98), NJW 1999, S. 3500; OLG Celle, NJW 1970, S. 2557.

67 BGH, Urteil vom 8. September 1976, Az. 3 StR 280/76 (S), BGHSt 27, 1 = NJW 1976, S. 2271.

68 Reuter (2005), S. 181.

69 OLG Hamm, Urteil vom 1. Februar 2006, Az. 1 Ss 432/05, NStZ 2007, S. 45.

70 OLG Hamm, Urteil vom 17. April 2002, Az. 2 Ss 160/02, NStZ-RR 2002, S. 231.

71 So OLG Karlsruhe, Beschluss vom 15. November 2002, Az. 1 Ws 179/02, NJW 2003, S. 1200.

72 So AG Leipzig, Urteil vom 30. Juli 2002, Az. 71 Ds 302 Js 59986/01.

richt und Bundesgerichtshof haben entsprechende Urteile jedoch aufgehoben und betont, die Ähnlichkeit müsse mit einem **tatsächlich existenten** Kennzeichen bestehen.[73] Damit sind Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof auch nicht einer bisweilen in der Literatur vertretenen Auffassung gefolgt, wonach bereits das bloße Verwenden des **Namens** einer verbotenen Organisation eine Kennzeichenverwendung sei, wie etwa des Wortes „Waffen-SS" in der vorgenannten Fantasie-Parole.[74] Auch in einer neueren Entscheidung verfolgt der Bundesgerichtshof diese Rechtsprechungslinie weiter, indem er betont, allein der Gebrauch des Namens als solchem reiche nicht aus, sondern es müsse eine **„symbolhafte Verwendung"** vorliegen: „Erfährt der Name einer verbotenen Organisation eine gestalterische Ausformung, etwa durch eine besondere Schriftgebung, kann ihm die Funktion eines Kennzeichens zukommen".[75] In dem betreffenden Urteil hat der Bundesgerichtshof die grundsätzliche Feststellung getroffen, dass von § 86a StGB deshalb auch **fremdsprachige Übersetzungen** von Original-Sentenzen nicht erfasst sind, wie etwa **„Blood and Honour"** als englischer Version des HJ-Spruchs.[76] Gleiches gilt auch für in der rechtsextremen Szene gebräuchliche **Zahlenkürzel**, mittels welcher bestimmte Worte ersetzt werden sollen – etwa **„18" für Adolf Hitler** (1. und 8. Buchstabe des Alphabets), **„88" für „Heil Hitler"** (selbes Prinzip) oder **„14 Words"** für den dem US-amerikanischen Rechtsextremisten David Eden Lane zugeschriebenen Satz „We must secure the existence of our people and a future for White children."[77]

3.2.3. Lieder

Auch Lieder können Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB sein. So ist etwa das **Horst-Wessel-Lied**, das als „Parteihymne der NSDAP"[78] verwendet wurde, Kennzeichen, und zwar nicht nur in seiner Gesamtheit, sondern auch **isoliert Melodie oder Text**.[79] Verbo-

---

73 BVerfG, Beschluss vom 1. Juni 2006, NJW 2006, S. 3050; BGH, Urteil vom 28. Juli 2005, Az. 3 StR 60/05, NJW 2005, S. 3223. Kritisch insofern Horsch (2008): „Lässt man Fantasiekennzeichen nicht genügen, würde der Wortlaut der Norm hinter dem Schutzzweck zurückbleiben..." (S. 102).

74 So namentlich Reuter (2005), S. 173, 140. Hiergegen ausdrücklich Fischer (2009) § 86a Rdn. 3a.

75 Dem gegenüber geht der BGH offenbar davon aus, dass allein der Gebrauch des Namens als solchem nicht ausreicht, sondern eine „symbolhafte Verwendung" vorliegen muss: „Erfährt der Name einer verbotenen Organisation eine gestalterische Ausformung, etwa durch eine besondere Schriftgebung, kann ihm die Funktion eines Kennzeichens zukommen", vgl. BGH, Urteil vom 13. August 2009, Az. StR 228/09 (liegt derzeit noch nicht schriftlich vor), zitiert nach Pressemitteilung Nr. 168/09 des BGH vom 13. August 2009 (http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2009&Sort=3&nr=48985&pos=21&anz=189).

76 BGH (o. Fußn. 75); ebenso bereits Reuter (2005), S. 172.

77 Reuter (2005), S. 171.

78 http://de.wikipedia.org/wiki/Horst-Wessel-Lied.

79 OLG Oldenburg, Urteil vom 5. Oktober 1987, Az. Ss 481/87, NJW 1988, 351.

tene Kennzeichenverwendung ist aufgrund dessen auch das Tragen eines T-Shirts mit dem leicht abgewandelten Zitat aus dem Horst-Wessel-Lied **„die Fahnen hoch“**.[80]

3.2.4. Bilder

Das **„Kopfbild“ Adolf Hitlers** wird von der Rechtsprechung ebenfalls als Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB betrachtet, weil entsprechende Bilder während des Nationalsozialismus massenhaft gerade als Symbol der NSDAP und des NS-Staats verwendet worden seien.[81] Darin unterschieden sich Bilder Hitlers auch von solchen anderer bekannter Nationalsozialisten wie etwa **Rudolf Heß** oder **Joseph Goebbels**, weshalb jene nicht als Kennzeichen nach § 86a StGB gelten.[82] Aus dem gleichen Grund soll etwa auch das Kopfbild des PKK-Führers **Abdullah Öcalan**, das häufig auf Plakaten und Demonstrationen benutzt wird, nicht als Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB zu betrachten sein.[83]

3.3. Tathandlung

Von § 86a StGB unter Strafe gestellt ist das „Verwenden“ der o.g. Kennzeichen. Verwenden in diesem Sinne ist der Rechtsprechung zufolge **unabhängig von der Absicht oder Gesinnung des Täters** jeder Gebrauch, der das Kennzeichen optisch oder akustisch wahrnehmbar macht.[84] Erfasst ist danach grundsätzlich auch eine nur einmalige, scherzhafte oder „kritische“ Verwendung des Kennzeichens, wie etwa das ironisch gemeinte Zeigen des Hitler-Grußes gegenüber der Polizei.[85] Auch das Verwenden von Hitler-Portraits zusammen mit Darstellungen des Obersalzbergs auf **touristischen**

---

80 BVerfG, Beschluss vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08.

81 BGH, Urteil vom 25. April 1979, Az. 3 StR 89/79, BGHSt 28, 396 = NJW 1979, 1555 (Modellflugzeuge); BGH, Urteil vom 9. August 1965, Az. 1 StE 1/65, Monatszeitschrift Deutsches Recht (MDR) 1965, S. 923; OLG Frankfurt, Urteil vom 18. März 1998, Az. 1 Ss 407/97, NStZ 1999, S. 356; OLG Schleswig, Urteil vom 14. Dezember 1977, Az. 1 Ss 706/77, MDR 1978, S. 333; Reuter (2005), S. 165.

82 OLG Rostock, Beschluss vom 12. Dezember 2001, Az. I Ws 146/01, NStZ 2002, S. 320; Reuter (2005), S. 166 f m. w. N. Kritisch Bartels (2002), die insoweit eine Reform des § 86a StGB fordert.

83 Reuter (2005), S. 184.

84 BGH, Urteil vom 29. Mai 1970, BGHSt 23, 267; OLG Hamm, Beschluss vom 17. März 1982, Az. 6 Ss 242/82, NJW 1982, S. 1657; KG, Urteil vom 16. März 1999, Az. (5) 1 Ss 7-98 (8-98), NJW 1999, S. 3500; Lüttger (1960), S. 137; Fischer (2009) § 86a Rdn. 2a. Nach abweichender Auffassung von Teilen des Schrifttums sind zusätzlich Umstände erforderlich, die als Bekenntnis zu den Zielen der verbotenen Organisation aufgefasst werden können, vgl. Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2006) § 86a Rdn. 6; Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 6.

85 BVerfG, Beschluss vom 23. März 2006, NJW 2006, S. 3052; Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 6. In dem vom BVerfG entschiedenen Fall hatte ein von der Polizei wegen Alkoholkonsums des Platzes Verwiesener gegenüber den Polizisten den Hitlergruß gezeigt und geäußert: „Jawohl, zu Befehl, Heil Hitler“. Ausweislich von Medienberichten wurde auch im Falle des Schauspielers Ben Becker ein Strafbefehl wegen Zeigens des Hitlergrußes erlassen und von Becker akzeptiert, vgl. http://www.bild.de/BILD/berlin/leute/2009/02/23/city-talk-ben-becker/strafe-fuer-hitlergruss.html. Andere Tendenz zum als Kritik gemeinten Zeigen des Hitlergrußes seitens eines linksgerichteten Demonstranten gegenüber der Polizei jedoch bei BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 30 = NJW 1973, S. 106.

Postkarten ist verboten.[86] Gleiches dürfte für eine bloß provokative oder gedankenlose Verwendung von Kennzeichen gelten, wie es etwa mutmaßlich der Fall ist bei dem eingangs erwähnten Fall der Punkrock-Band **„SS-Kaliert“**.[87]

Trotz der grundsätzlichen Unerheblichkeit der Motivation des Täters liegt ein Verwenden allerdings ausnahmsweise dann nicht vor, wenn die Handlung **dem Schutzzweck** von § 86a StGB **„ersichtlich nicht zuwider“** läuft.[88] Dies ist namentlich der Fall, wenn die Verwendung des Kennzeichens in **offenkundiger und eindeutiger Weise** die **Gegnerschaft zu der betroffenen Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie** zum Ausdruck bringt; eine solche Darstellung werde daher bereits vom Tatbestand der Vorschrift nicht erfasst.[89] Nicht erfasst ist dem Bundesgerichtshof zufolge deshalb etwa ein **durchgestrichenes Hakenkreuz**, wie es als Ausdruck der Gegnerschaft zu rechtsradikalen Inhalten (Stichwort **„Antifa“**[90]) weit verbreitet ist.[91] Diese Frage war zuvor von verschiedenen Gerichten unterschiedlich beurteilt worden. Der Bundesgerichtshof führt zur Begründung der Straflosigkeit aus, dass der Tatbestand des § 86a StGB, der seinem Wortlaut nach auch eine solche Verwendung von Symbolen erfasse, **zu weit gefasst** sei und durch die Rechtsprechung **einschränkend ausgelegt** werden müsse, wenn der Schutzzweck der Norm erkennbar nicht tangiert sei.[92] Offenbar aus dem gleichen Grund haben bei dem eingangs genannten Fall der den Hitlergruß zeigenden Gartenzwerge die beteiligten Staatsanwaltschaften bereits einen hinreichenden Tatverdacht verneint und keine Anklage erhoben – die vergoldeten Gartenzwerge dienten als Kunstobjekte ersichtlich dazu, den **Nationalsozialismus der Lächerlichkeit preiszugeben**.[93]

Die Verwendung muss weiterhin öffentlich, in einer Versammlung oder durch das Verbreiten von Schriften erfolgen.[94] Ein **öffentliches Verwenden** setzt lediglich die Mög-

---

86 OLG München, Beschluss vom 7. August 2006, Az. 4 St RR 142/06, NStZ 2007, 97.

87 Vgl. hierzu „Punkrockern droht Haft wegen Band-Logo“, Spiegel online vom 9. Mai 2009, wo politische Desorientierung, ein billiger PR-Gag oder überbordende Lust an der Provokation vermutet werden (http://www.spiegel.de/kultur/musik/0,1518,623848,00.html). Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat Berichten zufolge in diesem Fall Anklage erhoben, vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/SS-Kaliert.

88 BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 32 = NJW 1973, S. 106; BGH, Urteil vom 14. Februar 1973, Az. 3 StR 1/72 I, BGHSt 25, 133; BayObLG, Urteil vom 26. Februar 1988, Az. 2 St 244/87, NJW 1988, S. 2901; OLG Köln, Urteil vom 9. Mai 1984, Az. 3 Ss 886-887/83 (69/84), NStZ 1984, S. 508; OLG Oldenburg, Beschluss vom 28. November 1985, Az. Ss 575/85, NStZ 1986, S. 166.

89 BGH, Urteil vom 15. März 2007, Az. 3 StR 486/06, BGHSt 51, 244.

90 Vgl. etwa http://de.wikipedia.org/wiki/Antifa.

91 BGH (o. Fußn. 89); vgl. hierzu auch Stegbauer (2008) S. 75.

92 BGH (o. Fußn. 89).

93 So Berichten zufolge die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, vgl. http://www.netzeitung.de/kultur/1411919.html.

94 Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2006) § 86a Rdn. 7; Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 7.

lichkeit voraus, dass das Kennzeichen von unbestimmt vielen Personen wahrgenommen werden kann; nicht erforderlich ist, dass Personen das Kennzeichen tatsächlich bereits wahrgenommen haben.[95] Nicht ausreichend soll es in Anwendung dieser Grundsätze sein, wenn eine Person lediglich unauffällig einen Ring mit einem verbotenen Kennzeichen in der Öffentlichkeit trägt.[96] Auch das **rein private**, nicht öffentlich wahrnehmbare Aufhängen von Hitler-Bildern im eigenen Treppenhaus ist mangels Öffentlichkeit nicht erfasst.[97] Kein Verbreiten ist auch die **Versteigerung einer Einzelsache**[98] oder deren Verkauf, es sei denn, der Verkäufer bezweckt hiermit die Weitergabe seitens des Käufers an einen größeren Personenkreis.[99]

Durchaus bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, wenn seitens der Rechtsprechung zugunsten des Täters berücksichtigt wird, dass dieser die strafbare Kennzeichenverwendung vor einer **Versammlung von Gleichgesinnten** begangen habe, so dass „eine schädliche Beeinflussung rechtschaffener Bürger offenbar nicht stattfinden konnte.“[100]

3.4. Sozialadäquanz

Nach der so genannten **Sozialadäquanz-Klausel** in § 86a Abs. 3 i.V.m. § 86 StGB entfällt der Tatbestand, wenn die Handlung der **staatsbürgerlichen Aufklärung**, der **Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen**, der **Kunst** oder **Wissenschaft**, der **Forschung** oder der **Lehre**, der **Berichterstattung** über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.[101]

Nach der Sozialadäquanz-Klausel könnte etwa das Tragen von SS-Uniformen im Rahmen eines **historischen Umzugs** im Verbund mit zahlreichen anderen historischen Uniformen jedweder Provenienz als straflos zu bewerten sein.[102] Nicht durch die Sozialadäquanz-Klausel gedeckt sein kann hingegen beispielsweise die **massenhafte Verbreitung** von Gegenständen mit dem Kennzeichen, wie etwa der Verkauf von mit Hakenkreuzen versehenen Spielzeugflugzeugen.[103] Einem – überwiegend kritisierten – Urteil

---

95 OLG Koblenz, Urteil vom 11. November 1976, Az. 1 Ss 524/76, MDR 1977, 334.

96 OLG Karlsruhe, Urteil vom 20. März 1997, Az. 3 Ss 128/96, NStZ-RR 1998, S. 10 (Keltenkreuz).

97 AG München, Urteil vom 19. Januar 2009, Az. 424 C 18547/08.

98 BayObLG, Urteil vom 14. Mai 1981, Az. 3 St 32/81, NStZ 1983, S. 120.

99 OLG Bremen, Beschluss vom 3. Dezember 1986, Az. Ws 156/86, NJW 1987, S. 1427.

100 AG Hamm, zitiert bei OLG Hamm, Urteil vom 1. Februar 2006, Az. 1 Ss 432/05, NStZ 2007, S. 45.

101 Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 10.

102 Vgl. hierzu die Berichterstattung über den Sachsen-Anhalt-Tag 2009: Schierholz/Schafmeister (2009).

103 BGH, Urteil vom 25. April 1979, Az. 3 StR 89/79, BGHSt 28, 398 = NJW 1979, S. 1555.

zufolge soll auch eine lebensgetreue Hitler-Darstellung in einem Faschingsumzug strafbare Kennzeichenverwendung sein.[104]

3.5. Subjektiver Tatbestand

Ist objektiv eine strafbewehrte Kennzeichenverwendung zu bejahen, setzt eine Verurteilung des Täters weiterhin voraus, dass er zumindest bedingt **vorsätzlich** gehandelt hat. Sein Vorsatz muss sich auf sämtliche Tatbestandsmerkmale beziehen, also auch darauf, dass die betreffende Vereinigung deshalb unanfechtbar verboten worden ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.[105]

3.6. Rechtsfolgen

Straftaten nach § 86a StGB können mit **Freiheitsstrafe** bis zu drei Jahren oder mit **Geldstrafe** geahndet werden. Wird ein Täter zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten verurteilt, kann das Gericht die **Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden,** die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, und das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, für die Dauer von bis zu 5 Jahren **aberkennen** (§ 92a in Verbindung mit § 45 Abs. 2 und 5 StGB).

---

104 AG Münsingen, Urteil vom 1. September 1977, Az. 2 Ds 79/77, MDR 1978, S. 73. Kritisch: Fischer (2009) § 86a Rdn. 5; Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 3.

105 Rudolphi in SK-StGB (2008), § 86a Rdn. 9.

4. Literaturverzeichnis

Bartels, Barbara (2002). Rudolf Heß – Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation? Zur Reformbedürftigkeit des § 86a StGB. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2002, S. 297 ff.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2008). Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten. Abrufbar unter: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/broschuere_0810_RE_Kennzeichen_12.11.08.pdf.

Dewitz, Clivia von (2006). NS-Gedankengut und Strafrecht: die §§ 86, 86a StGB und § 130 StGB zwischen der Abwehr neonazistischer Gefahren und symbolischem Strafrecht. Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht. Berlin: Duncker & Humblot. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2005.

Fischer, Thomas (2009). Strafgesetzbuch und Nebengesetze. 56. Aufl. des von Otto Schwarz begr. und in der 38. bis 49. Aufl. von Herbert Tröndle bearb. Werks. München: Beck.

Heintschel-Heinegg, Bernd von (2009). Beck'scher Online-Kommentar StGB. Stand: 15. Juni 2009. Edition: 9. München: Beck.

Herz, Simone (2009). Riesenzoff um goldenen Nazi-Zwerg. Bild.de vom 20. Juli 2009. http://www.bild.de/BILD/news/2009/07/16/hitler-gruss/nazi-zwerg-schockt-nuernberg.html (Stand: 4. September 2009).

Horsch, Andreas (2008). Das Bundesverfassungsgericht, die Ähnlichkeit im Sinne des § 86a Abs. 2 Satz 2 StGB oder: Zeit für die Entdeckung der Lebenswirklichkeit. In: Juristische Rundschau (JR) 2008, S. 99 ff.

Jahn, Joachim (1998). Strafrechtliche Mittel gegen Rechtsextremismus: die Änderungen der §§ 130 und 86a StGB als Reaktion auf fremdenfeindliche Gewalt im Licht der Geschichte des politischen Strafrechts in Deutschland. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang. Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 1998.

Jescheck, Hans-Heinrich / Weigend, Thomas (1996). Lehrbuch des Strafrechts. Allgemeiner Teil. 5. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.

Lüttger, Hans (1960). Zur Strafbarkeit der „Verwendung von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen nach § 4 des Versammlungsgesetzes. In: Goltdammer's Archiv für Strafrecht (GA) 1960, S. 129 ff.

Reuter, Dirk (2005). Verbotene Symbole: eine strafrechtsdogmatische Untersuchung zum Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in § 86a StGB. Baden-Baden: Nomos. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2004.

Schierholz, Alexander / Schafmeister, Christian (2009). SS-Auftritt erhitzt Gemüter. Mitteldeutsche Zeitung vom 19. Juni 2009. Abrufbar unter http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1245303588563&openMenu=1013016724285&calledPageId=1013016724285&listid=1018881578312.

Schönke-Schröder (2006). Strafgesetzbuch: Kommentar. Begr. von Adolf Schönke (1.-6. Aufl.). Fortgef. von Horst Schröder (7.-17. Aufl.). 27. neu bearb. Aufl. München: Beck.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin / Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2008). Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus. Eine Information des Verfassungsschutzes. Abrufbar unter: http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/SuKdRE%20Stand%2005_06_09%20web%20neu.pdf.

SK-StGB (2008). Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch. Hrsg. von Hans-Joachim Rudolphi u.a. Stand: 116. Lieferung, November 2008. München: Luchterhand.

Stegbauer, Andreas (2000). Rechtsextremistische Propaganda im Lichte des Strafrechts. München: VVF. Zugl.: München, Univ., Diss., 2000.

Stegbauer, Andreas (2002). Rechtsextremistische Propaganda und das Kennzeichenverbot des § 86a StGB. In: Juristische Rundschau (JR) 2002, S. 182 ff.

Stegbauer, Andreas (2008). Rechtsprechungsübersicht zu den Propaganda- und Äußerungsdelikten. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2008, S. 73 ff.